

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtransport. Alle Bestellungen werden nach Möglichkeit sofort besorgt. Einzelnummern 50 Pfennig. Einzelnummern werden zu jeder Zeit abgegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingegangener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Vertriebsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, Meißens, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz

Nr. 275. — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag 25. November 1924

Gilbert als Schiedsrichter.

Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich ist von Deutschland der französischen Forderung nachgegeben worden, über die Beibehaltung der 26 % igen Sonderbelastung deutscher Einfuhrwaren nicht mehr zu sprechen. Der deutsche Botschafter hat dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber außerdem betont, daß Deutschland niemals die Aufhebung dieser Einfuhrabgabe als Druckmittel bei den Verhandlungen benützt habe. Man hat einen Mittelweg eingeschlagen, der im Hinblick auf den bekannten Brief des Reparationsagenten Gilbert außerordentlich nahe lag: Ihm soll diese Angelegenheit unterbreitet und seine Entscheidung abgewartet werden. Dabei hat sich die deutsche Regierung aber vorbehalten, gegen eine Entscheidung des Generalkommissars für die Reparationszahlungen Verwahrung einzulegen, falls er sich für die Beibehaltung der Einfuhrabgabe ausspricht.

Mit dieser Erklärung der deutschen Regierung hat sich Herriot zunächst abgefunden und die Verhandlungen in Paris wurden wieder in Angriff genommen. Damit ist jener Punkt, über den die Verhandlungen zunächst gestolpert waren, nur verschoben, aber nicht beseitigt worden, und Botschafter Hoesch hatte in seiner Unterredung mit Herriot bereits darauf hingewiesen, daß der deutschen Regierung bei der Ratifizierung eines eventuell zustandekommenen Handelsvertrages mit Frankreich dann vor dem Reichstag unüberwindliche Schwierigkeiten erwachen würden, wenn die Opposition auf ein unbedingtes Nachgeben nur auf deutscher Seite verweisen könnte. Diese Bedenken werden übrigens nicht dadurch abgemildert, daß Frankreich anscheinend von seinen bisherigen Absichten hinsichtlich der Beibehaltung der eisenwaren Warenzufuhrkontingentierung abzugehen scheint; jedenfalls ist zunächst von ihnen nicht mehr geredet worden. Denn zu einer zollpolitischen Vorzugsbehandlung der eisenwaren Waren nach dem 10. Januar 1925 hat Frankreich nicht mehr das geringste Recht, während auf der anderen Seite die Beibehaltung der 26 % igen Einfuhrabgabe glatt gegen den Londoner Pakt verstößt. Abgesehen von dieser deutschen Ansicht durch zahlreiche Pressestimmen in Amerika gebilligt, wobei sich die Kritik gegen diese Beibehaltung der Einfuhrabgabe aber auch auf den gleichen englischen Standpunkt ausdehnt.

Diese amerikanische Stellungnahme ist natürlich für uns von erheblicher Wichtigkeit und überaus geeignet, unsern Unterhändlern in Paris den Rücken zu stärken, denn nicht nur durch die 200-Millionen-Dollaranleihe, sondern durch einen weit darüber hinausgehenden amerikanischen Privatkredit an deutsche öffentliche Körperschaften ebenso wie an Private ist das amerikanische Kapital in täglich zunehmendem Maße mit dem deutschen Wirtschaftsleben verknüpft und hat daher alles Interesse daran, jede unferer wirtschaftlichen Betätigung entgegenstehende Hemmung beseitigen zu helfen. Mit Optimismus sehen übrigens die Amerikaner den Erfolgen dieser deutschen Betätigung entgegen, die, wie der frühere vorläufige Generalkommissar Young bei seiner Ankunft in New York sich Pressevertretern gegenüber äußerte, so groß sein würden, daß Deutschland auch fernerhin alle seine internationalen Verpflichtungen nachkommen und sogar in der Lage sein würde, am Jahresende einen Überschuß aus seinem Budget zu erzielen. Nicht nur, weil der Dawesplan schon weit durchgeführt wurde, sondern sein größter Erfolg liegt darin, daß ein starker Rückfluß der Privatkapitalien aus dem Ausland nach Deutschland erfolgt sei. Auch die andern an der Durchführung des Dawesplans interessierten Staaten, namentlich Frankreich und Belgien, seien überzeugt von der Durchführbarkeit des Planes.

Gewiß hat solcher amerikanische Optimismus manches Gute an sich, bedeutet aber auch eine große Gefahr. Denn mit dem Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft, die nach einer auch allzu optimistischen Ansicht die unmittelbare Folge der Annahme der Dawesgesetze sein sollte, ist es wirklich nicht allzuweit her. Ganz im Gegenteil ist eine Erschwerung der wirtschaftlichen Situation auf dem Montan- und Eisengebiet nicht zu verkennen; mehrere große Werke mußten wegen Abfallmangels schon wieder zu Arbeiterentlassungen schreiten. Vor allem aber wirft der englische Regierungswechsel bereits seine Schatten voraus und diese Schatten heißen: Mac Kenna-Schuldscheine. Ob unter diesen Umständen der Optimismus des Amerikaners gerade sehr berechtigt ist, dürfte immerhin etwas fraglich erscheinen, namentlich dann, wenn wie bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich nicht nur überflüssige, sondern unsere wirtschaftliche Entwicklung schwer schädigende Hindernisse uns in den Weg gelegt werden.

Das Urteil von Lille.

Ein politischer Tendenzspruch.
In Deutschland ist die Auffassung des Spruches von Lille gegen General von Rathenau durchaus einheitlich bei allen Parteien. Der mildeste Ausdruck ist der eines Fehlurteils — übereinstimmend wird gesagt, daß keinerlei tatsächliche Be-

Ägypten lehnt die englische Note ab.

Das Ultimatum. London, 23. November.

Der englische Oberkommandierende Lord Allenby begab sich, eskortiert von mehreren Kavallerie-Schwadronen, zu dem ägyptischen Premierminister, um ihm eine Note zu überreichen. In dieser werden von der britischen Regierung eine angemessene Entschädigung, die Rahlung einer Entschädigung von einer halben Million Pfund Sterling, das Verbot politischer Demonstrationen und die Entfernung der ägyptischen Offiziere aus den ägyptischen Truppenverbänden, die im Sudan stehen, gefordert. Die Note spricht sich ferner für die Beibehaltung der juristischen und finanziellen Rechte in Ägypten aus, und verlangt von der ägyptischen Regierung eine Antwort binnen 24 Stunden.

Die Ablehnung.

London, 23. November. Nach Meldungen aus Kairo hat sich Jagsoul Pascha heute mittag zum englischen Oberkommandierenden Lord Allenby begeben und ihm die Note der ägyptischen Regierung auf die englische Note überreicht. Derselbe führt aus, daß die Forderung der englischen Regierung betreffend die Zurückziehung ägyptischer Truppenteile auf dem Sudan eine Verletzung des Status quo sowie der Verfassung bedeute, nach der König Fuad der Oberkommandierende der ägyptischen Armee ist. Die ägyptische Regierung lehnt jede Verantwortung für die Ermordung des Sirdar ab, doch bewilligt sie die englische Forderung nach einer Entschädigung und Zahlung einer Entschädigung von 500 000 Pfund Sterling. Außerdem verspricht die ägyptische Regierung, Kundgebungen, die zu öffentlichen Unruhestörungen führen könnten, zu vermeiden.

Die scharfe Antwort Lord Allenbys.

Kairo, 23. November. Einige Stunden nach Erhalt der ägyptischen Antwort hat Lord Allenby seinerseits eine neue äußerst scharfe Note an das ägyptische Kabinett gerichtet. In dieser Note heißt es, daß die Regierung des Sudans angesichts der Weigerung des ägyptischen Kabinetts, die englischen Forderungen betreffend Punkt 5 und 6 der englischen Note anzunehmen, Anweisung erhalten hat, den Rückzug der ägyptischen Offiziere und der ägyptischen Truppen aus dem Sudan zu veranlassen. Außerdem ist die Regierung des Sudans angewiesen worden, das Gebiet bei Gezira nach Entdecken zu bewässern. Die englische Note lautet dann weiter: „Es. Erzählen werden im gegebenen Augenblick erfahren, welche Maßnahmen ergriffen werden, angesichts der Verweigerung der Forderung betreffend den Schutz fremder Interessen stattzugeben. Lord Allenby verlangt in der Note, daß die Zahlung der 500 000 Pfund Sterling vor morgen mittag 12 Uhr erfolgt. — Aus Gibraltar wird gemeldet: Ein Bataillon Infanterie erhielt Befehl, sich am 20. November nach Ägypten einzuschiffen.“

England gegen den Völkerbund in der ägyptischen Frage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 24. November. Der Londoner Vertreter des „Journal“ teilt mit, daß in maßgebenden englischen Regierungskreisen der Wunsch bestehe, den Völkerbund zu vermeiden, zu dem Jagsoul Pascha zur Schlichtung des englisch-ägyptischen Streifalles keine Zustimmung will. England wird das ablehnen mit der Begründung, daß Ägypten nicht im Völkerbund vertreten sei. Falls der Streifall von einer dritten Macht dem Völkerbund unterbreitet wird, so mache man auf englischer Seite geltend, daß man jede Einmischung in die Beziehungen Englands zu Ägypten als eine unfreundliche Handlung gegenüber England ansehen werde.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts?

Paris, 24. November. „Expres Telegraph“ meldet aus Kairo, daß die ägyptische Regierung zu einer Beantwortung der zweiten britischen Note zusammengetreten ist. Man erwartet den Rücktritt des Kabinetts.

neungen, sondern Tendenz- oder Hassgefühle die französischen Richter zu ihrem unbilligen Urteil geführt haben. Das einseitige und von General von Rathenau selbst unterzeichnete Kassationsgesuch wird von einer nochmaligen Vereinerung des Generals von seiner vollständigen Unschuld begleitet. Ob das oberste französische Militärgericht den erdrückenden Beweisen von der Schuldlosigkeit nachgeben und das Lille Urteil kassieren wird, steht dahin. Schlecht sieht das oberste Militärgericht den Lille Richtern an, so entschied eine schwierige Lage für die Regierung Herriot, denn auch mit einer Begründung wäre die Schmach von Frankreich nicht abgewaschen, mit einem offensichtlich vom Haß diktierten Spruch die französische Justizpflege auf das schärfste bloßgestellt zu haben.

Die französische Presse scheint das zu erkennen und verhält sich auffallend schweigsam in der Angelegenheit. Nur einige Blätter wagen, das Kind beim rechten Namen zu nennen. „Quotidien“ schreibt, alle die Wahrheiten, die proklamiert worden seien, um Millerand zu bekräftigen, könnten

Neue Umsatzsteuererleichterung?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 23. November. In einer dem Vertreter der „Magdeburger Zeitung“ gewährten Unterredung erklärte unter anderem Reichsfinanzminister Dr. Luthers: Auch in der Steuerfrage wird der Reichstag noch vieles zu tun haben; besonders hoffe ich, daß mit einer dritten Senkung der Umsatzsteuer in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Was die Aufwertungsfrage anbetrifft, so darf sie nicht, wie dies in der Öffentlichkeit leider vielfach geschieht, als ein Ding für sich betrachtet werden. Sie ist nur ein Teil der großen allgemeinen Frage, inwieweit über das jetzt bestehende Maß hinaus eine Teilentschädigung der Kriegs- und Inflationsopfern möglich ist. Jede Beantwortung dieser Frage muß selbstverständlich, auch nachdem die von mir erwähnte Wegbiegung erreicht ist, von der ernstesten Prüfung ausgehen, welche Lasten unsere Wirtschaft etwa noch zu tragen imstande ist. Denn die Wirtschaft im weitesten Wortsinne, zu der ja jeder arbeitende Volksgenosse gehört, muß ja doch auch all das leisten, was den Kriegs- und Inflationsopfern zugesprochen wird. Die große Entscheidung, mit welchen Beiträgen für diesen Zweck die Wirtschaft belastet werden kann, wird, nachdem durch die Reichstagsauflösung leider eine Verzögerung eingetreten ist, von der zukünftigen Reichsregierung und vom zukünftigen Reichstag zu treffen sein. Davon, daß diese Entscheidung nicht in die Irre geht, hängt nicht weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Stresemann zur Aufwertung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
München, 23. November. Am Sonntagnachmittag hielt der Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine große politische Rede. Die Welt hat, so führte er aus, zur deutschen Währung wieder Vertrauen bekommen, so daß eine internationale Anleihe ausgenommen werden konnte, die bis zum 100fachen überzeichnet wurde. Die rigorose Finanzpolitik Dr. Luthers hat das deutsche Volk vor dem Abgrunde gerettet. Der Staat wird seinen Verpflichtungen gegenüber den Zeichnern der Kriegsanleihe soweit wie möglich nachkommen.

40 Gebäude durch eine Feuersbrunst zerstört.

Innsbruck, 24. November. Das Südtiroler Dörfchen Karthaus ist bis auf drei Gebäude niedergebrannt. Mit der Kirche sind vierzig Häuser ein Raub der Flammen geworden. Auch drei Menschenleben dürften zu beklagen sein.

Explosion eines Munitionslagers.

Kowno, 24. November. In einem Munitionslager am Rande der Stadt ereignete sich gestern eine heftige Explosion. Die genaue Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Bisher wurden acht Leichen aus dem Schutt hervorgezogen. Man vermutet, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handelt.

Die Tschechoslowakei will die Anerkennung Sowjetrußlands durchsetzen.

Belgrad, 24. November. In politischen Kreisen verlautet, daß die tschechoslowakische Regierung den Kleinen Entente den Antrag gestellt habe, bis zum Jahresabschluss die russische Sowjetunion anzuerkennen. Diese Frage müsse endgültig liquidiert werden, um die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Europa zu ermöglichen. Falls die Regierungen der Kleinen Entente diesen Antrag nicht annehmen sollten, wird die tschechoslowakische Regierung gefordert mit der Sowjetregierung in diplomatische Beziehungen einzutreten. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die anderen Staaten der Kleinen Entente damit einverstanden erklären werden. Südslawien beabsichtigt seinerseits eine Aktion zu unternehmen, um die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands nicht aufzuwerfen.

nicht verhindern, zu sagen, daß eine ziemlich heikle Lage dadurch geschaffen worden sei, daß man 14 Tage vor den deutschen Wahlen einen solchen Prozeß habe verhandeln müssen, und daß die Freude der französischen nationalistischen Presse ein wenig trübt erschiene. Die gemäßigten deutschen Blätter und die Deutschen, die am entschiedensten für eine Annäherung an Frankreich einträten, gaben ihrem Unwillen Ausdruck. „Cere Nouvelle“ sagt: „Die Beurteilung des Generals ist kein Ereignis, über das wir uns freuen dürfen. Wir verstehen vollkommen, daß Herriot nicht in einen solchen Prozeß eingreifen kann — aber war es wirklich unbedingt nötig, daß es zu diesem Prozeß kommen mußte? Es steht beinahe so aus, als hätten die Leute, die den General von Rathenau so eilig verhafteten, dem Ministerpräsidenten aus politischen Gründen einen Streich spielen wollen. Nachdem die Verhaftung erfolgt war, dürften die Richter nicht beeinflusst werden; ich aber verlange es die Staatsräson, daß wir auf die Genugtuung dieser Bestrafung verzichten müssen, weil der Erfolg